



Grub, am 26. Februar 2024

## Stellungnahme zur „Tierwohlabgabe“

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,  
sehr geehrter Herr Abgeordneter,

das BMEL hat ein Konzept für eine Verbrauchssteuer auf bestimmte tierische Produkte (Fleisch, Fleischerzeugnisse u. ä.) analog zur Kaffeesteuer erarbeitet, zu dem auch wir als Dachorganisation bayerischer Erzeugergemeinschaften, Fleischerzeugerringe und Besamungsorganisationen Stellung nehmen möchten.

Die aktuelle Stimmung in der Landwirtschaft ist desaströs. Die schrittweise Abschaffung notwendiger Subventionen, wie auf den Agrardiesel, zunehmende Auflagen und Investitionskosten beim Stallumbau in Richtung höherer Tierwohlstandards, bei gleichzeitiger Unsicherheit, ob höhere Haltungsformen auch den notwendigen Absatz finden sowie Unklarheiten bei der Einführung des neuen staatlichen Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes befeuern diesen Zustand. Tierhalter bekommen zunehmend das Gefühl, in Deutschland nicht mehr gewollt zu sein, was auch die aktuellen Bauernproteste widerspiegeln.

Um die Transformation der Tierhaltung gelingen zu lassen, braucht die deutsche Landwirtschaft dringend Lösungen für ihre Entlastung und geeignete Finanzierungsmöglichkeiten für zukunftsorientierte Perspektiven.

Durch die Einführung des „Tierwohlcent“ sollen die zusätzlichen Steuereinnahmen wichtige, vornehmlich landwirtschafts- und ernährungspolitische Vorhaben ermöglichen. Eine Zweckbindung dieser Einnahmen für die Finanzierung des Umbaus der Nutztierhaltung oder anderer landwirtschaftlicher Vorhaben ist rechtlich jedoch nicht möglich. Eine Tierwohlabgabe in Form einer Verbrauchssteuer muss sicherstellen, dass die zusätzlichen Steuereinnahmen auch vollständig bei den Landwirten ankommen. Ohne Zweckbindung der Gelder ist eine Tierwohlabgabe aus unserer Sicht indiskutabel.

Die Landwirtschaft steht für den Erhalt von Subventionen ständig in der Kritik sowohl bei der Bevölkerung, als auch Haushaltsprüfern. Eine derart langfristige Investition wie Stallbau- oder umbau erfordert große Sicherheiten, die so leider nicht gegeben sind.

Darüber hinaus schafft eine Verbrauchssteuer mit separatem Steuerlager zusätzliche Bürokratie und Zusatzkosten, ohne dass ein Mehrwert für die Tierhalter entsteht. Wir fragen uns außerdem, wann das Thema Entbürokratisierung endlich ernsthaft angegangen wird.

Aus Sicht der Vermarkter herrschen große Bedenken hinsichtlich der Exportware. Teilstücke, die sich nicht in Deutschland vermarkten lassen, werden ins Ausland exportiert. Für diese Teilstücke gäbe es keinen Rückfluss. Auch importierte Ware muss dann besteuert werden, sonst laufen wir Gefahr, dass der Absatz für deutsches Fleisch sinkt. Wir verlieren an Wettbewerbsfähigkeit, da im Ausland produziertes Fleisch aufgrund der niedrigeren Tierwohlstandards günstiger produziert und dadurch zu einem niedrigeren Preis vermarktet werden kann.

Eine Marktlösung, in der, der Verbraucher an der Ladentheke entscheidet ob mehr Tierwohl auch einen höheren Preis wert ist, würde hier zwar grundsätzlich die notwendige Sicherheit für den Absatz der Produkte bieten, wird aber schwer zu realisieren sein. Denn obwohl Verbraucher höhere Tierwohlstandards einfordern, sind sie oft an der Ladentheke nicht dazu bereit, mehr Geld für solche

---

Kontakt:

Ringgemeinschaft Bayern e.V.  
Senator-Gerauer-Straße 23a  
85586 Grub / Poing

Telefon: 089 / 53 58 81  
E-Mail: [info@ringgemeinschaft.de](mailto:info@ringgemeinschaft.de)

Produkte auszugeben. Gerade im Hinblick auf die allgemein gestiegenen Lebenshaltungskosten, vor allem verursacht durch den Ukrainekrieg, kaufen Verbraucher sehr preisorientiert. Es besteht durchaus die Gefahr, dass dadurch der Absatz auch von bayerischem Fleisch weiter sinkt. Eine zusätzliche Steuer auf das Grundnahrungsmittel „Fleisch“ wäre daher nicht zielführend.

Die Sicherung des Produktionsstandorts Deutschland, insbesondere unsere bayerischen Betriebe, sowie der Umbau hin zu mehr Tierwohl kann nur gelingen, wenn jeder in der Gesellschaft seinen Beitrag zu mehr Tierwohl leistet, sowohl diejenigen, die das Fleisch konsumieren als auch diejenigen, die mehr Tierwohl fordern und kein Fleisch essen.

Die Einführung einer Tierwohlabgabe sehen wir daher als kritisch, da zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht klar ist, wie sichergestellt wird, dass das Geld am Ende auch beim Landwirt ankommt. Unsere große Sorge ist, dass die Mehrkosten und der Mehraufwand am Ende wieder die Landwirte tragen. Anstelle einer zusätzlichen Verbrauchssteuer wäre es wichtig der Landwirtschaft bessere Rahmenbedingungen zu schaffen. Neben einem staatlichen Förderkonzept des Bundes benötigt die bayerische Landwirtschaft begleitend ein starkes Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP) sowie ein gesichertes Förderprogramm BayProTier. Auf diese Weise kann ein wichtiger Beitrag zum Umbau der Tierhaltung zu mehr Tierwohl geleistet werden. Für langfristige Perspektiven sind Anpassungen im Tierschutz- und Umweltrecht erforderlich, um beispielsweise stallbauliche Hürden im Genehmigungsrecht aufzulösen.

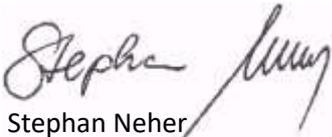
Wir fordern ein praktikables und realistisches Gesamtkonzept für eine zukunftsfähige Tierhaltung in Deutschland und möchten Sie dringend bitten, sich für die Sicherung des Produktionsstandorts Deutschland, insbesondere Bayern, im Bundestag einzusetzen.

Wir danken Ihnen bereits im Voraus vielmals und stehen für Rückfragen jederzeit gerne zur Verfügung.

### **Es geht um die Zukunft der Tierhaltung in Deutschland!**

Ringgemeinschaft Bayern

Mit freundlichen Grüßen



Stephan Neher  
Vorstandsvorsitzender  
Ringgemeinschaft Bayern e.V.

---

Kontakt:

Ringgemeinschaft Bayern e.V.  
Senator-Gerauer-Straße 23a  
85586 Grub / Poing

Telefon: 089 / 53 58 81  
E-Mail: [info@ringgemeinschaft.de](mailto:info@ringgemeinschaft.de)